

# Finger weg von der Urne?

Bereit für das Wahlrecht ab 16? Das sagen Gegner, Befürworter und eine Lehrerin

Von Franziska Hofmann

Sollen Jugendliche wählen dürfen oder interessieren die sich doch eher für Instagram und Alkoholexzesse als für Politik? Die Debatte, das Wahlrecht ab 16 einzuführen, taucht in der Politik immer wieder auf und ab. Seit Kultusminister Michael Piazzolo (Freie Wähler) erst vor Kurzem verlauten ließ, dass er für ein Jugendwahlrecht ist, bewegt diese Frage wieder die Politik. Im Gegensatz zu Bayern haben bereits elf Bundesländer das Wahlrecht ab 16. Doch wie steht man, speziell da im kommenden Jahr die Kommunalwahlen anstehen, in Landshut zu diesem Thema? Wir haben nachgefragt.



Eva Schmidt-Schütz

Politik näherbringen. „Speziell bei dieser Frage gibt es immer zwei Lager“, erzählt die Lehrerin. Ein Teil sei ganz wild darauf, mitzubestimmen, und findet 18 Jahre als Mindestalter völlig überholt. Ein anderer Teil zeige sich dagegen sehr selbstkritisch und traue sich das Wählen ab 16 noch nicht zu. Die Sozialkundelehrerin selbst hat sich



In etlichen Bundesländern dürfen schon 16-Jährige ihr Kreuzchen setzen. In Bayern ist das noch den Volljährigen vorbehalten.

Foto: Archiv

mit diesem Thema schon lange beschäftigt und findet eine klare Position dennoch schwierig. Aber: „Der Großteil der Jugendlichen ist in diesen Themen noch nicht so drin, auch wegen der digitalen Konkurrenz“, sagt die Lehrerin.

Ähnlich sieht das auch Johannes Alfery. Der Student ist stellvertretender Kreisvorsitzender der Jungen Union Landshut und steht dem Wahlrecht ab 16 eher kritisch gegenüber. Wenn er an sein 16-jähriges Ich zurückdenkt, ist er sich nicht sicher, ob er es sich damals schon zugetraut hätte zu wählen. „Ich glaube, ich war dafür einfach noch nicht gut genug infor-



Johannes Alfery

miert“, so Alfery. Der 21-Jährige ist Mitglied in der Jugendorganisation der CSU Landshut sowie in der Schülerunion. In seiner Tätigkeit hat er viel mit politikinteressierten Jugendlichen zu tun.

Trotzdem ist er der Meinung, dass Jugendliche in diesem Alter noch zu leicht zu manipulieren sind. „Das kommt natürlich immer darauf an, wie sehr man sich mit diesem Thema beschäftigt, aber generell lassen sich viele Jugendliche schnell von einer Meinung prägen, ob es ihre eigene ist, oder nicht“, so Alfery.

Die Grüne Jugend dagegen zeigt sich, wie schon ihre Mutterpartei, begeistert von der Idee, das Wahlrecht ab 16 einzuführen. **Pascal Pohl, Sprecher der Grünen Jugend** geht sogar noch einen Schritt weiter: Er will Jugendliche sogar noch jünger in die Politik miteinbinden. „Die Grenze ab 18 Jahren ist für mich willkürlich gewählt“, sagt

Pohl auf Nachfrage der L.Z. „Die Jugendlichen sind die, die mit den Entscheidungen, die heute in der Politik getroffen werden, am längsten leben müssen.“

## Schmidt-Schütz: Politik nahbar machen

Das Interesse, das, wie manch einer sagt, der Jugend noch fehlt, werde dann kommen, wenn man den Jugendlichen



Pascal Pohl

zeigt, dass man sie politisch integrieren will und ihnen etwas zutraut, so der Grüne Jugend-Sprecher. Außerdem: „Es gibt in jeder Generation politisch uninteressierte Menschen“, gibt Pohl zu bedenken. „Nicht nur bei den Jugendlichen.“

In einem Punkt ist man sich aber einig: Man müsse die Jugendlichen schon so früh wie möglich in die Politik integrieren. Gute Erfahrungen hat Eva Schmidt-Schütz dabei vor allem mit Juniorwahlen gemacht. Vergangenes Jahr vor den Landtagswahlen habe man an der Schule die Wahlsituation simuliert. „Die Jugendlichen waren ganz begeistert“, erzählt Schmidt-Schütz. „Sie haben Angst und Hemmungen vor der Wahl verloren.“ Politik nahbar und erlebbar machen – das sei der richtige Weg.

Eine Video-Umfrage zum Thema unter [www.idowa2.plus](http://www.idowa2.plus)

## PRO

### Bitte keine Pseudobeteiligung

Es ist ein immer wieder zu beobachtendes Phänomen in Wahlkampfzeiten: Allenthalben werden Podiumsdiskussionen mit Landtags- respektive Bundestagskandidaten angeboten – und kaum jemanden interessiert's. Bis schließlich der Stadtjugendring in die Alte Kaserne ruft und der Saal geflutet wird von jungen Menschen, die sehen wollen, wie sich die Politiker mit ihren Themen schlagen.

Im Publikum sitzen dabei auch immer wieder zehnte Klassen von Real- oder Wirtschaftsschulen, die größtenteils noch keine 18 sein dürften, durchaus aber politisches Interesse zeigen. Sprich: Interesse für die Gestaltung ihrer Lebenswirklichkeit. Denn um nichts anderes geht es bei Politik.

Dabei dürften 16-Jährige alleine schon durch die Schule regelmäßig mit gesellschaftspolitischen Themen in Kontakt kommen, als so manch 30-Jähriger, der es sich im Job und in seinen

Netflix-Serien bequem gemacht hat. Gegen die Senkung des Wahlalters wird oft eingewendet, dass 16-Jährige die Dinge noch nicht ausreichend einordnen könnten, noch keinen Überblick übers Gesamtgeschehen hätten, noch nicht gut genug informiert seien. Aber: Ist das bei 18-Jährigen anders? Hat jeder, der wählen darf, ein gefestigtes Weltbild? Und ist jeder, der ein gefestigtes Weltbild hat, auch gut informiert?

Es ist – man führe sich nur mal das ein oder andere Onlineforum, das homogener Weltanschauung gewidmet ist, zu Gemüte – nicht unbedingt davon auszugehen.

Die Straf- und Religionsmündigkeit setzt in Deutschland ab 14 ein. Da sollte es 16-Jährigen doch auch möglich sein, darüber zu entscheiden, wer ihre Interessen am besten vertreten könnte. Jugendliche wollen ernst genommen werden. Pseudobeteiligung in Form von „Jugendparlamenten“ zieht nicht. *Uli Karg*

## CONTRA

### Guter Wille reicht nicht

Wahlrecht ab 16 ist Quatsch. „Fridays for Future“ schön und gut, das freitägliche Schulschwänzen sollte aber nicht immer und überall als Vorzeigeargument für Jugendbeteiligung herangezogen werden.

Während die Jugendlichen bei ihren Demos nur brav dem Strom folgen und Plakate in die Höhe halten müssen, geht es bei Wahlen um fundierte Ahnungen und Werte, die bei Jugendlichen meist mit denen der besten Freundin oder des besten Freundes konform gehen müssen.

Sofern sie nicht Greta Thunberg heißen, legen die meisten Jugendlichen nicht besonders viel Wert darauf, anzuecken, gehen lieber den Weg, der auch von allen Seiten akzeptiert ist.

Dass in Landshut bislang sämtliche Formen der Jugendbeteiligung gefloppt sind, beweist das nur noch mehr. Der Jugendrat klagt über Jugendparlamente und Jugendplenen, die alle im Sand

verlaufen sind: Überall fehlte spätestens nach ein paar Sitzungen die Geduld oder das Interesse. Wenn es schon bei solchen Initiativen, die doch eigens zur Vorbereitung auf die echte Politik einberufen wurden, nicht klappt, warum sollte man die Jugendlichen dann direkt auf die große Politik loslassen? Rein in der Hoffnung, dass sich schon alles zum Guten wenden wird und das Interesse schon kommen wird, wenn es nur darauf ankommt? Eine Änderung im bestehenden Wahlrecht, allein darauf aufzubauen, reicht nicht und wäre nur naiv.

Wenn man nicht nur einige wenige, sondern die breite Jugend wirklich für Politik interessieren will, dann indem man Themen in die Politik zieht, die sie bewegen. Aber bestimmt nicht einfach auf gut Glück und schon gar nicht mit den immer gleichen Gesichtern und immer gleichen Debatten im Stadtrat. *Franziska Hofmann*